

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	FV/024/2020/Linke
Einreicher:	Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Verantwortlich für die Umsetzung:	Der Oberbürgermeister

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis	Bestätigung
Haupt- und Personalausschuss	20.01.2021	Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5	
Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales	26.01.2021	Ja 2 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0	
Ausschuss für Kultur und Sport	27.01.2021	Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2	
Jugendhilfeausschuss	02.03.2021		
Stadtrat	10.03.2021	Ja 10 Nein 08 Enthaltung 20	

Titel:

Programm "Engagierte Stadt"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung einer Ehrenamtsstrategie, unter Beachtung von organisatorischen Rahmenbedingungen, im Rahmen der Umsetzung des Programms „Engagierte Stadt“.

Im Blick stehen dabei:

- Ehrenamtsfonds: Förderung des Einzelnen (Ehrenamtskarte, Unfallschutz und Aus- und Fortbildung),
- Kommunalbudget: Förderung der Kommunen zum Auf- und Ausbau von Strukturen (z.B. Freiwilligenagenturen; Transparenz durch Internetseite) zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Definition von „Ehrenamt“,
- Netzwerkarbeit (Synergien zu schaffen, Doppelangebote oder Doppelstrukturen zu vermeiden).

Mit unserem Antrag verfolgen wir die Projektion zentraler Inhalte des Anliegens des Programmes in die Ehrenamtsarbeit städtischer Initiativen.

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Ralf Schönemann
Vorsitzender Fraktion Die Linke

Anlage 1:

Bürgerschaftliches Engagement nimmt zu, meist themenbezogen, aber nicht unbedingt mehr in den bisherigen klassischen Organisationsstrukturen. Bürgerinitiativen und Gruppen, wie z.B. „Fridays for Future“ entstehen, um gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen und zu deren Lösung beizutragen.

Vereine leisten wichtige Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, egal, ob in Sport, Kultur, Bildung oder Umwelt. Sie brauchen aber bei der Bewältigung der Veränderungen Unterstützung. In der Coronakrise ist einerseits die Solidarität gewachsen, ehrenamtliche Hilfeangebote entstanden spontan, andererseits war das soziale Leben so eingeschränkt, dass „gewohnte“ Angebote wie Sport, Lesungen oder Verkehrserziehung nicht stattfinden konnten. Zusätzlich müssen Vereine/Initiativen sich auf neue Formen der Verständigung (Onlinekonferenzen, digitale Angebote) einstellen und brauchen dazu Unterstützung.

Bereits im September 2019 beschloss der Landtag, dass eine Engagementstrategie für das Land erarbeitet werden soll. Entscheidendes hat sich seitdem nicht getan. Städte, Gemeinden und Landkreise sind teilweise viel weiter, es existiert ein „Flickenteppich“ von Vergünstigungen für Engagierte (z.B. freier Eintritt in kommunales Freibad für Feuerwehrleute oder Ehrenamtskarte). Starke Unterschiede sind zudem beim Ausbau von Strukturen für bürgerschaftliches Engagement (z.B. Freiwilligenagenturen) festzustellen. Sachsen, Bayern und Berlin sind in dieser Hinsicht bereits weiter als Sachsen-Anhalt. Auf Bundesebene wurde die Engagementstiftung gegründet, deren Auftrag es ist, Strukturen zu stärken, aber nicht zu schaffen. Hier steht das Land in der Pflicht.

Hierbei sollen auch die Ergebnisse des Workshops zur "Weltoffenen Kommune", sowie der Antrag und die Dialogveranstaltung zur „Engagierten Stadt“ unter Anleitung der Bertelsmann-Stiftung einfließen.

beschlossen im Stadtrat am 10.03.2021

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender